

zung nicht ein Allheilmittel zu sehen ist, zumal sie zu erheblichen Stauungen auf den Autobahnen führen kann und damit die Unfallgefahren noch wesentlich erhöht werden können.

Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung sind in der Bundesrepublik immer noch nicht genügend ausgebaut. Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit Jahren eine bessere Verkehrsunfallbilanz als die anderen Bundesländer. Während in der übrigen Bundesrepublik – ohne Nordrhein-Westfalen – die Todesfälle im Verkehr seit 1965 = 100 Prozent auf rund 130 Prozent gestiegen sind, liegen sie in Nordrhein-Westfalen noch unter 100 Prozent bei rund 96 Prozent. Könnte nicht die hier zweifellos bessere Verkehrserziehung und -aufklärung mit einer Ursache für besseres Verkehrsverhalten aller Verkehrsteilnehmer sein?

Verordnungen zur Begrenzung des Verkehrs können immer nur Notbehelfe auf Zeit sein. Besser ist umfangreiche Aufklärung für alle Verkehrsteilnehmer – besonders auch für Kinder, deren Unfallhäufigkeit in den letzten Jahren besorgniserregend ansteigt.

F.D.P.: Energiekrise darf kein Vorwand werden

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Eberhard Wilde:

Eine Ausnahmesituation wie die aktuelle Benzinknappheit darf keinesfalls zum Vorwand genommen werden, die „Lieblingspläne“ mancher Politiker für eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung durchzusetzen.

Das Für und Wider einer allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen muß unabhängig von der Energiekrise geprüft werden: Zu schnelles Fahren innerorts und außerorts verursacht ein Drittel aller Unfälle mit Getöteten, andererseits bedeutet eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zählflüssigen Verkehrsfluß und damit Überlastung vieler Streckenabschnitte. Nicht zu unterschätzen ist auch der Ermüdungseffekt bei immer gleicher Fahrweise und Geschwindigkeit.

Die Unfallbeteiligung hat sich andererseits von 3,18 unfallbeteiligten Personenwagen je einer Million Fahrkilometer im Jahre 1959 auf 2,02 im Jahre 1969 vermindert. Diese Tendenz in der Unfallentwicklung ist das Ergebnis eines technischen Anpassungsprozesses sowie der durch Erfahrung und Erziehung im Laufe der Jahre gewonnenen größeren Reife der Verkehrsteilnehmer. Eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung halte ich für nicht notwendig.

Vordringlich sind vielmehr die Weiterentwicklung der Straßenverkehrssicherheitsprogramme und der Verkehrserziehung schon im Vorschulalter, die Entwicklung weiterer Sicherheitsvorschriften für Kraftfahrzeuge und die Neuordnung des Unfallrettungswesens. Gerade das Beispiel Nordrhein-Westfalen mit einer im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet weniger ungünstigen Unfallentwicklung, die wesentlich auf die Verkehrssicherheitsprogramme des Verkehrsministers Dr. Riemer zurückzuführen ist, zeigt, daß auch ohne allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung die Unfallflut wirksam begrenzt werden kann.

Porträt der Woche



Diether Deneke (SPD)
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Das Musische ist nicht seine Sache. Sein tägliches Brot ist „die Natur und alles, was darin an Leben ist“! Der Berliner Großstadt-Junge wollte deshalb Förster werden. Doch zunächst reichte es nur zum Gärtner-Gesellen. Heute ist er Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen.

Als der Sozialdemokrat Heinz Kühn 1966 das Landeskabinett bildete, war der damalige Regierungsdirektor im Bundesernährungsministerium für den neuen Regierungschef nicht viel mehr als eine Verlegenheitslösung. Der heute 55jährige, der 1939 als Externer das Abitur gemacht hatte, als Oberleutnant aus dem Krieg zurückgekehrt war und seit 1947 im öffentlichen Dienst stand, mußte sich durchboxen. Der noch immer Ungeduldige wollte die Bedächtigen – das ist die Masse der Ministerialbürokratie – zu schnellerer Gangart bewegen. Das gab Spannungen. Heute hat er sich durchgesetzt. Diether Deneke sitzt fest in der Regierungsmannschaft und im Apparat.

In Bonn mußte er sich mit ländlichen Sozialfragen beschäftigen. Er hatte damit sein Thema, von dem er noch heute nicht läßt. „Das Soziale“ steht überall im Mittelpunkt seiner Planungen. Manche behaupten deshalb, er sei der einzige Sozialdemokrat in der Regierung. Allerdings war es nicht der Marxismus, der ihn 1949 zum Anschluß an die SPD veranlaßte, diese Doktrin ist auch heute nicht die Triebfeder. Es ist ein humanitärer Grundzug, von dem er ausgeht. Vor 25 Jahren wurde er politisch aktiv – und das geht in diese Richtung –, „um der künftigen Generation das Vergangene zu ersparen“.

Was das Ministerium selbst angeht, so hat er die Bereiche über „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ hinaus ausgeweitet. Deneke – in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft so aktiv wie in evangelischen Sozialausschüssen – war von Anbeginn kein Agrar-Minister im alten Sinn. Er setzt zwar auf das Eigentum und will den bäuerlichen Existenzen die wirtschaftliche

Grundlage erhalten. Gleichzeitig aber will er den gleichen Raum, in dem Land- und Forstwirte tätig sind, den Großstädtern als Freizeitraum zur Verfügung stellen. Er hat ein gesundes Verhältnis zu dem, was „das Volk“ will. Jedermann kann jetzt im Wald herumschneitern, bald sollen auch die Ufer der Gewässer frei für Herrn Jedermann sein. Durch ein neues Teichschutzgesetz machte er sich bei 150 000 Freizeitanglern beliebt.

Jetzt versucht er einen weiteren Einbruch in bürgerliche Wählerschichten, indem er 155 000 Freizeitreitern Reitwege schafft. Als „Herr über alle Müllkippen“ im Lande macht er sogar den Dreck zu einem Politikum.

Auch hier setzt er neue Akzente. „Ich lasse mich nicht zum Romantiker stempeln!“, meinte er kürzlich sehr engagiert. Das Wort zielte auf jene, die die sonntäglichen Müllsammel-Aktionen bespötteln, zu denen der oberste Umwelt- und Naturschützer des Landes Sport- und Heimatvereinsmitglieder an Wald- und Straßenrändern um sich versammelt. (Daß ein Fernsehteam meist dabei ist, spricht für seine Fähigkeit, auf dem Jahrmarkt der kleinen Eitelkeiten stets präsent zu sein.)

Deneke ist ein zäher Arbeiter. Er ist energischer, als manche vermuten. Als nach seinem Dienstantritt in Düsseldorf die Präsidenten der Bauernverbände zu den üblichen „Präsidentengesprächen“ ins Ministerium kamen, verlangte er auch die Anwesenheit der Vizepräsidenten, die die Arbeitnehmerseite vertreten. Seitdem hört er beide Seiten. Die Marschrichtung bestimmt er allerdings ganz allein.

Gerhard Malbeck